

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

seit der Einbringung des laufenden Doppelhaushalts am 26. Oktober 2021 hat sich die Welt wieder einmal grundlegend verändert. Die Corona-Pandemie, die damals unser Denken und Handeln beherrschte, liegt hinter uns. Dafür hat der russische Angriff auf die Ukraine nicht nur die politische Ordnung in Europa erschüttert, sondern auch die bundesdeutsche Energiepolitik auf den Kopf gestellt. Der politisch gewollte Ausstieg aus der Atomkraft und der Kohleenergie wurde über lange Zeit mit billigem Erdgas aus Russland erkaufte. Der Lieferstopp aufgrund der europäischen Sanktionen zwang Deutschland zu raschem Handeln. Hinzu kam ein massiver Anstieg der Inflation. Aktuell blicken wir nach dem Überfall der Hamas auf Israel mit Sorge auf den zweiten Kriegsherde an der NATO-Grenze. Die weltpolitischen Probleme sind derzeit sehr groß und wirken sich auch auf Deutschland aus.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat eine Zeitenwende und ein aktives Steuern der Krisen angekündigt. In einer Welt mit zahlreichen Akteuren, die nur auf politische, militärische und wirtschaftliche Stärke reagieren, müssen wir erkennen, dass Deutschland und Europa bei Weitem nicht die politische Durchschlagskraft haben. Der Kampf der politischen Systeme läuft und unsere freiheitliche, offene und demokratische Gesellschaft ist ernsthaft in Gefahr. Deshalb müssen einige Prioritäten neu justiert werden, z.B. die Landesverteidigung oder die Sicherheit in unserem Land.

Innenpolitisch wird die Diskrepanz zwischen den politischen Zielsetzungen und dem Machbaren immer deutlicher.



Die Bundesregierung verbraucht viel Kraft und Zeit für koalitionsinterne Streitigkeiten. Es ist nicht verwunderlich, dass eine im August veröffentlichte Umfrage des Beamtenbunds dokumentiert, dass das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit ihres Staates auf einem Tiefpunkt gesunken ist. Dies spiegelt in hohem Maße den Tenor meiner Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern wider, in denen neben dieser Unzufriedenheit immer wieder Zukunftsängste formuliert werden. Dies führt zu einem erheblichen Vertrauensverlust der demokratischen Parteien, von dem insbesondere die rechtspopulistische bzw. rechtsnationale AfD profitiert.

Vergleiche mit der Weimarer Republik geben Anlass zur Sorge hinsichtlich der politischen Stabilität der Bundesrepublik Deutschland.

Die Kommunen waren schon immer die politische Ebene, die politische Vorgaben aus Berlin und Stuttgart bestmöglich erfüllen musste. Angesichts vieler wichtiger Themen wie das Erreichen der Klimaschutzziele, die Energie-, Wärme- und Mobilitätswende, eine verlässliche und qualitätsvolle Kinderbetreuung, gute Bildungs- und Betreuungsangebote an den Schulen sowie die Integration von Flüchtlingen muss sich jeder politisch Verantwortliche die Frage stellen, wie dies auf Dauer bewältigt und finanziert werden soll. Deshalb konzentriert sich dieser Haushalt auf das Wesentliche und Machbare.

Als ich 2008 als Bürgermeister begonnen habe, war Plochingen wirtschaftlich in sehr schwierigem Fahrwasser und stand vor einem riesigen Sanierungstau.



Gemeinderat, Bürgermeister und Stadtverwaltung haben sich dieser Herausforderung gestellt, den städtischen Haushalt konsolidiert und zahlreiche städtische Gebäude modernisiert und energetisch saniert. Schulen und Kindergärten und das Verwaltungsrathaus wurden generalsaniert und auch die kommunale Infrastruktur wurde stetig erneuert. Dies spiegelt sich in einer positiven Vermögensentwicklung wider. Seit der Einführung der kommunalen Doppik 2013 können wir die Entwicklung gut dokumentieren. Nachfolgend einige Zahlen für den Konzern Stadt Plochingen:

• Bilanzvolumen	2013	137,0 Mio. €	2022	222,9 Mio. €
• Sachvermögen	2013	107,9 Mio. €	2022	163,3 Mio. €
• Geldvermögen	2013	25,5 Mio. €	2022	50,3 Mio. €
• Verschuldung	2013	26,8 Mio. €	2022	40,7 Mio. €

Sach- und Geldvermögen sind in knapp 10 Jahren um rund 80 Mio. € gestiegen, die Verschuldung lediglich um knapp 14 Mio. €. Die Investitionen der letzten Jahre schaffen also nicht nur Zukunft, sondern auch Vermögen.

Für den kommenden Doppelhaushalt erhoffen wir weiter gute Einnahmen, insbesondere bei der Gewerbesteuer. Die deutsche Wirtschaft hat sich in den letzten Krisenjahren als robust erwiesen, wengleich sich Bürokratie und Arbeitskräftemangel als Risiko darstellen. Da der Plochingen Branchenmix weniger aus Automobil, Maschinenbau und Elektrotechnik besteht, sind die Auswirkungen auf die Gewerbesteuer genau zu verfolgen.



Die Steuerschätzung vom Oktober gibt weitere Hinweise. Die Veränderungen bei den Gemeindeanteilen an der Umsatzsteuer und der Einkommenssteuer sowie der Familienlastenausgleich wirken sich in den Planungsjahren kaum aus. Hier ist die weitere Entwicklung genau zu verfolgen. Die Grundsteuer planen wir ab 1. Januar 2025 aufkommensneutral, wobei es Gewinner und Verlierer geben wird. Der Hebesatz der Kreisumlage ist mit 35,9 vom Hundert eingebracht; ich erwarte jedoch eine spürbare Reduzierung.

Der frühere Finanzminister Olaf Scholz hat vor einiger Zeit darauf hingewiesen, dass „die fetten Jahre vorbei sind“. Wir müssen uns auf das Wesentliche, auf das Machbare konzentrieren und aufhören, ständig neue politische Wünsche medienwirksam zu publizieren. Die Menschen in diesem Land spüren, dass dies nicht mehr funktioniert und sind deshalb unsicher und enttäuscht. Wichtig ist es, Vertrauen zurückzugewinnen, indem beschlossene Projekte abgeschlossen werden. Daran arbeitet die Stadtverwaltung täglich und dies wird im Haushalt sichtbar.

Eine schwere Hypothek für den Haushalt sind die Personalkosten. Die letzten Tarifabschlüsse, Stellenbewertungen und Stellenmehrungen führen zu erheblichen Steigerungen gegenüber 2023 von 2,6 Mio. € im Jahr 2024 bzw. 3,6 Mio. € im Jahr 2025. Zusätzliche Stellen werden vor allem für Kinderbetreuung, verlässliche Grundschule und Mensa an der Neckar-Fils-Realschule sowie im technischen Bereich für Tiefbau oder Gebäudemanagement geschaffen.



Deutlich steigen auch die Sachkosten, insbesondere getrieben durch die deutlich gestiegenen Energie- und Reinigungskosten. Dranbleiben möchte ich bei der Erhaltung und Sanierung von Gebäuden sowie der Straßen, Geh- und Radwege und der Straßenbeleuchtung. Die personelle Stärkung der Stadtwerke zur schnelleren Erneuerung von Wasserleitungen spiegelt sich bei der Abwasserentsorgung und dem Straßenbau wider. Beim Gebäudemanagement sind weitere technische Mitarbeiter*innen unverzichtbar, um einerseits die Gebäude in gutem Schuss zu halten und andererseits die steigenden Anforderungen zu erfüllen, z.B. bei der Wartung der technischen Ausstattung oder der Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht.

Die Zeitenwende ist da. Zweifellos ist die Stadt Plochingen in der Lage, Lösungen für viele Herausforderungen zu finden. Dieser Doppelhaushalt gibt hierzu viele Impulse. Das macht mich zuversichtlich. Ich bezweifle jedoch, dass sich alle Aufgaben gleichzeitig und kurzfristig bewältigen lassen.

Lassen Sie mich das am Beispiel der kommunalen Wärmeplanung verdeutlichen: In Plochingen wurde im Jahr 1910 damit begonnen, eine Gasversorgung aufzubauen. Einige Jahre zuvor hat Plochingen eine elektrische Straßenbeleuchtung erhalten. Das bestehende Versorgungs- und Verteilnetz wurde über mehr als 100 Jahre auf- und ausgebaut. Eine moderne Nahwärmeversorgung aus regenerativen Energien ist im gesamten Stadtgebiet möglich, nur nicht in den nächsten fünf Jahren. Dies ist ein Generationenprojekt.



Die Informationsveranstaltung am 16. Oktober hat Potentiale zum Ausbau der Fernwärme ansatzweise aufgezeigt, aber Nahwärmesysteme müssen entwickelt werden. Die Erweiterung der Stadtwerke um den Betriebszweig „Wärmeversorgung“ war richtungsweisend. Nur, dies hilft einem Hauseigentümer nicht, der heute seine Heizung erneuern muss und vor der Frage steht, welchen Energieträger er nutzen möchte.

Die Städte und Gemeinden können vieles in unserem Land bewirken, aber Veränderungsprozesse brauchen Zeit und bedürfen dauerhaft großer personeller und finanzieller Ressourcen.

Integration und Unterbringung von Flüchtlingen

Aktuell das größte Problem ist die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge. Bundespräsident Walter Steinmeier hat vor einigen Wochen presseöffentlich erklärt, dass Deutschland bei der Aufnahme der Flüchtlinge „an der Belastungsgrenze“ ist. Diese Aussage ist richtig und als Bürgermeister habe ich in den letzten 1½ Jahren in vielen Gesprächen mit Abgeordneten auf die hohe Belastung der Stadt Plochingen hingewiesen und auf Lösungen gedrängt. Erst in den letzten Wochen hat das politische Berlin begonnen, die Flüchtlingskrise ernsthaft zu diskutieren. Aus vielen Gesprächen mit Bürger*innen weiß ich, dass die Akzeptanz der deutschen Flüchtlingspolitik auf einem Tiefpunkt angekommen. Die aktuellen Zustimmungswerte der politischen Parteien und die Wahlen in Bayern und Hessen sprechen eine klare Sprache.



Im Grundgesetz wurde von der verfassungsgebenden Versammlung unter dem Eindruck der Gräueltaten im Dritten Reich das Asylrecht von politisch Verfolgten verankert. Dies steht für mich auch außer Diskussion. Ein Blick auf die Gesamtschutzquote laut Bundeszentrale für politische Bildung zeigt, dass 2023 lediglich 52% der Flüchtlinge ein Bleiberecht erhalten.

Wir müssen klarer differenzieren zwischen Menschen, die vor politischer Verfolgung oder Krieg flüchten und Menschen, die in die sozialen Sicherungssysteme oder in den Arbeitsmarkt zuwandern wollen. Diese Zuwanderung müssen wir steuern und Menschen ohne Bleiberecht zurückführen. Jetzt muss die Bundesregierung handeln, sonst befürchte ich eine ernsthafte Beschädigung unserer Demokratie und einen immensen Vertrauensverlust der Menschen in unseren Staat.

Die Suppe müssen wir vor Ort auslöffeln. Die Anschlussunterbringung ist eine gesetzliche Aufgabe. Seit 2015 haben wir Gebäude gekauft, Wohnungen gebaut und angemietet, um derzeit rund 350 Personen unterzubringen. Gemeinderat und Stadtverwaltung waren sich einig, dass mittelgroße Unterkünfte dezentral im gesamten Stadtgebiet geschaffen werden. Wir haben mit dem Integrationsmanagement, beim Vollzugsdienst, mit Sozialhausmeistern funktionierende Strukturen geschaffen und arbeiten eng mit dem lokalen Bündnis für Flüchtlinge, der AWO und der VHS zusammen. Im „Am Markt 8“, im Dietrich-Bonhoeffer-Haus u.a. stellen wir Räume für Beratung und Deutschkurse zur Verfügung. Das kluge Vorgehen und das große Engagement der Akteure waren die Voraussetzung dafür, dass unsere Einrichtungen seit Jahren unproblematisch laufen.



Die Erwartung für das kommende Jahr zeigt die Probleme deutlich auf. Wir gehen für 2024 von 120 Personen aus, die Aufnahmeverpflichtung für 2025 ist derzeit unbekannt. Kurzfristig müssen wir die gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen. Bei gleichbleibender Zuwanderungsquote ziehen in den nächsten Jahren Flüchtlingen in mittlerer dreistelliger Höhe zu.

Zusammen mit der weiter bestehenden allgemeinen Wohnraumnot lässt sich nicht mehr mit innerörtlicher Nachverdichtung lösen. Wir brauchen deshalb zusätzliche Wohnquartiere, weshalb der Zeitplan des Masterplans „Wohnen“ überprüft werden muss.

Der Druck ist hoch und der anstehende Bürgerentscheid wird dazu führen, dass die Standortentscheidung vom Juli 2023, bei der GARP eine Containerunterkunft zu stellen, frühestens im 2. Quartal 2024 umgesetzt werden kann. Über den weiteren Umgang mit dieser Thematik wird der Gemeinderat am 12. Dezember 2023 entscheiden. Darüber hinaus brauchen wir Lösungen für das gesamte Jahr 2024.

Deshalb hat die Unterbringung der Flüchtlinge innerhalb der Stadtverwaltung aktuell höchste Priorität. Der Blick in den Haushaltsentwurf zeigt jedoch, dass nicht nur die tatsächliche Umsetzung überaus anspruchsvoll ist, sondern auch die Finanzierung. Das geplante Defizit beträgt in den Planjahren ca. 530.000 €. bzw. 570.000 €. Deshalb muss der Bund die Kommunen bei dieser Aufgabe besser finanziell unterstützen. Der Kanzlergipfel mit den Ministerpräsidenten hat heute Nacht zumindest Finanzausagen des Bundes gebracht. Entscheidend ist nun, was bei uns tatsächlich ankommt.



Noch liegen die Beschlüsse nicht schriftlich vor. Nach einer ersten Einschätzung aufgrund der Berichterstattung scheinen die weiteren Ergebnisse in die richtige Richtung zu gehen. Ob damit die Zuwanderung tatsächlich gesteuert oder begrenzt werden kann, ist eher zweifelhaft. Zur Reduzierung der Verfahrensdauer muss der Bund die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stellen. Die Einführung einer Bezahlkarte und die Kürzung der Asylbewerberleistungen sind tendenziell richtig. Ob die weiteren Maßnahmen zeitnah erfolgreich sind, muss kritisch beobachtet werden. Die Beschlüsse müssen nun rasch umgesetzt werden, damit sie Wirkung entfalten können.

Kinderbetreuung

Seit Jahren ist der gesellschaftspolitisch wichtigste Investitionsschwerpunkt in Plochingen die Verbesserung der Zukunftschancen unserer Kinder und eine optimale Unterstützung der Familien.

Eine pädagogisch hochwertige, zuverlässige Kinderbetreuung ist entscheidend für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Attraktive Schulräume mit moderner Digitaltechnik, Ganztagesbetreuung, Förderangebote und Schulsozialarbeit sind zwingend erforderlich für den Bildungserfolg. Dies rundet der Personalpool Jugendhilfe und die vielfältigen Angebote der Vereine, Organisationen und Kirchen ab. Es ist vielleicht nicht alles perfekt, aber Plochingen ist sehr gut aufgestellt.



Die Kinderbetreuung ist mittlerweile der größte Betriebszweig im städtischen Haushalt. Im Doppelhaushalt rechnen wir mit Ausgaben von 12,8 Mio. € im Jahr 2024 und 13,3 Mio. € im Jahr 2025. Allein in den städtischen Einrichtungen sind mittlerweile 122 Personen beschäftigt. Das jährliche Defizit beträgt im Planungszeitraum 10,3 bzw. 10,9 Mio. €; Tendenz steigend.

Die Kinderbetreuung ist von Rechtsansprüchen geprägt. Der allgemeine Arbeitskräftemangel in Deutschland wird bei der Kinderbetreuung deutlich. Der bundesgesetzliche Rechtsanspruch kann leider nicht immer erfüllt werden, es bestehen Wartelisten. Strikten Vorgaben bei den Personalschlüsseln und die Verantwortung für Kinder und Mitarbeiter*innen führen immer wieder zu eingeschränkten Angeboten. Eine schwierige Situation, die für alle Beteiligten – Kinder, Eltern, Mitarbeiter*innen und Stadtverwaltung – sehr belastend ist.

Plochingen hat in den vergangenen Jahren im erheblichen Umfang in den Ausbau der Kinderbetreuung investiert, um das wichtige politische Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu bewältigen. Die im Gemeinderat vorgestellte Bedarfsplanung zeigt den Handlungsbedarf auf. Die dritte Gruppe im Waldkindergarten und die zusätzliche zweigruppige Einrichtung in der Hermannstraße sollen helfen, die Warteliste abzubauen. Die Personalsuche gestaltet sich jedoch weiter schwierig. Beide zusätzlichen Angebote sollen jedoch schnellstmöglich starten.

Attraktiver soll der Außenbereich des KH Beethovenstraße werden, wofür 120.000 € vorgesehen sind.



Aktuell steht die Sanierung des Katholischen Kindergartens St. Konrad auf der Agenda. Erste Gespräche mit der Kirchengemeinde sind aufgenommen. Hier ist die weitere Entwicklung abzuwarten.

Bildung und Jugendangebote

Deutschland ist ein rohstoffarmes Land und lebt von der Leistungsfähigkeit und der Innovationskraft seiner Wirtschaft. Hierfür sind gut ausgebildete Mitarbeiter*innen zwingende Voraussetzungen. Deshalb ist Bildung in Deutschland das entscheidende Zukunftsthema. Es ist fatal, dass Baden-Württemberg sich bei allen Bildungsvergleichen der letzten Jahre verschlechtert hat. Bildungspolitik hat in Baden-Württemberg nicht den angemessenen Stellenwert und das Kultusministerium löst die anstehenden Probleme nicht, sondern kommunalisiert sie.

Eine Schulstadt wie Plochingen spürt dies deutlich. In den letzten 15 Jahren haben wir erheblich in Bildung investiert. Dabei geht es nicht nur um die zu geringe Landesförderung für Schulgebäude.

Mit den Fördermitteln von Bund und Land wurden die Schulen digitalisiert. Die Ausstattung mit Laptops, Tablets oder moderner Medientechnik ist heute ausgezeichnet, ebenso die technische Betreuung. Unklar ist die dauerhafte Finanzierung. Ohne weitere Fördermittel ist der regelmäßige Gerätetausch nicht finanzierbar. Dies ist ein erhebliches Haushaltsrisiko.



Dem Ausbau der Schulsozialarbeit haben Sie vor den Sommerferien noch zugestimmt. Ein wichtiges Angebot, um unsere Kinder auf dem Weg ins Erwachsenenleben zu begleiten. Früher war dies Teil des Erziehungsauftrags der Lehrer*innen, heute eine kommunale Aufgabe, für die ursprünglich Zweidrittel des Aufwands über Zuschüsse bezahlt werden sollten, tatsächlich tragen wir annähernd 60% der Kosten.

Am 10. Oktober haben Sie der Fertigstellung des Gymnasiums zugestimmt. Diese Entscheidung war richtig und wirtschaftlich. Die Gebäudeteile B und F schaffen hervorragende Rahmenbedingungen. Dieses Mammutprojekt bringt Plochingen jedoch administrativ und finanziell an seine Grenzen. Im Doppelhaushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung sind hierfür insgesamt 15,2 Mio. € vorgesehen, bei 6,1 Mio. € Zuschüssen.

Als zweites Projekt kommt die Erweiterung der Panoramaschule, um den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung am Oberen Schulzentrum zu erfüllen. Derzeit fehlen entscheidende Vorgaben des Kultusministeriums. Aktuell warten wir auf die ersten Ergebnisse der Machbarkeitsstudie. Den Ansatz im Haushalt sehe ich zunächst als Merkposten, bis anhand von fundierten Planungen eine belastbare Kostenberechnung erstellt werden kann. Das Windhundprinzip bei der Bundesförderung zwingt zur Eile.

Der Landschaftspark Bruckenwasen ist auch 25 Jahre nach der Landesgartenschau ein Besuchermagnet. Mittlerweile ist das Kontiki in die Jahre gekommen und muss erneuert werden. Hierfür sind 180.000 € eingeplant. Erfreulicherweise fördert die Pfisterer-Stiftung dieses Projekt mit 60.000 €. Wichtig für unsere Kinder sind Bewegungsangebote.



Klimaschutz

Der Erhalt unserer Schöpfung ist eine große Herausforderung für die Menschheit. Die EU, Deutschland und BW haben Klimaschutzziele formuliert und Plochingen ist Teil der Lösung. Am Ende können viele Themen nur auf der kommunalen Ebene gelöst werden.

Plochingen hat hierfür keinen akademischen Ansatz gewählt, sondern trägt mit konkreten Projekten zum Erreichen der Klimaziele bei.

Wichtiger Baustein ist die energetische Sanierung der städtischen Gebäude, um den Energie- und Wärmeverbrauch stetig zu senken. Deshalb ist die Gymnasiumsanie rung auch ein bedeutendes Klimaschutzprojekt. Die energetische Sanierung des Bauhofs muss angegangen werden, entsprechende Planungsmittel sind vorgesehen.

Durch eigene Photovoltaikanlagen erzeugen wir immer mehr Strom für den Eigenverbrauch. Die Montage der PV-Anlage auf dem Gymnasium wurde begonnen. Im Haushalt sind weitere Mittel für PV-Anlagen auf dem Kinderhaus Beethovenstraße und dem KG Carl-Orff-Weg vorgesehen.

Der Klimaschutzsteckbrief der KEA hat dokumentiert, dass Plochingen noch große Potentiale bei privaten Gebäuden hat. Deshalb haben wir - zusammen mit anderen Akteuren wie der Regionalgruppe der Teckwerke – die Öffentlichkeitsarbeit intensiviert.

Sobald eine Förderzusage vorliegt und wir einen Klimaschutzmanager*in einstellen können, möchte ich diese Aktivitäten noch ausweiten.



Auch das Förderprogramm für Balkonkraftwerke ist wichtig, weshalb im Haushalt weitere 5.000 € eingeplant sind.

Ein Zukunftsthema ist auch die kommunale Wärmewende. Der Gemeinderat hat den Stadtwerken diese Aufgabe zugewiesen und einer Personalstelle zugestimmt. Mittlerweile läuft zusammen mit sieben Nachbarkommunen das Ausschreibungsverfahren. Die Ergebnisse sollen im 4. Quartal 2025 vorliegen. Vorab untersuchen wir bereits für das Filsgebiet, welche Potentiale für eine Nahwärmeversorgung bestehen.

Entscheidend sind konkrete Projekte, die technisch funktionieren, wirtschaftlich sind und auf das notwendige Kundeninteresse stoßen. Flächendeckende Nahwärmeversorgungsnetzen werden nach meiner Einschätzung langfristig aufgebaut. Kommunale Wärmeversorgung gibt also keine Antwort auf die Frage von Hauseigentümern, welche Heizung sie in den nächsten fünf Jahren einbauen sollen.

Wichtig ist eine bundesgesetzliche Regelung zum Aufbau von Wasserstoffnetzgebieten, da die Infrastrukturgesellschaft Plochingen Eigentümerin der örtlichen Verteilnetze ist.

Mobilität und Verkehr

Ein entscheidender Beitrag für das Erreichen der Klimaschutzziele ist die Mobilitätswende. Mit dem Mobilitäts- und Verkehrskonzept MOVE 2035 haben wir die Grundlage geschaffen. Nun müssen Taten folgen.



Der Ausbau der Bahnhofstraße ist ein erster Schritt, um die Innenstadt mit unserem guten öffentlichen Nahverkehr fußgänger- und fahrradfreundlich zu verknüpfen. Bis 2035 sollen der Bahnhofplatz neugestaltet und der Autoverkehr über die ausgebaute Eisenbahnstraße an der Innenstadt vorbeigelenkt werden. Damit ist der Weg frei, um die Esslinger Straße attraktiv für den Radverkehr auszubauen und die Verkehrswende zu gestalten. Die Stadtverwaltung hat zur Einrichtung einer Fahrradstraße in der Urban- und Johanniterstraße eine Machbarkeitsstudie beauftragt, deren Ergebnisse im Frühjahr 2024 vorliegen.

Es sind jedoch nicht nur die großen Bauprojekte. MOVE 2035 beinhaltet viele weitere Handlungskonzepte wie die Stärkung des ÖPNVs. Ab 1. Januar 2024 wird die Stadtlinie 141 von 5:32 Uhr bis 19:32 Uhr durchgehend im ¼-Stunden-Takt gefahren. Ein hervorragendes Angebot, dass kaum eine Kommune im Landkreis Esslingen aufweisen kann. Besser angebunden werden soll auch das Filsgebiet. Die Abstimmung mit dem Landkreis Esslingen laufen derzeit; eine Entscheidung ist im kommenden ABTU geplant.

Für den Ausbau des ÖPNVs sind attraktive Rahmenbedingungen erforderlich. Der ZOB ist in die Jahre gekommen und erfüllt die aktuellen Anforderungen bei weitem nicht mehr. Für die ZOB-Modernisierung sind im Haushalt weitere 400.000 € und Zuschüsse von 200.000 € eingeplant. Erste Abstimmungen mit der Deutschen Bahn sind begonnen, da auch die vertraglichen Regelungen fortgeschrieben werden müssen.



Der barrierefreie Ausbau des ÖPNVs gehört ebenfalls zur verbesserten Attraktivität für die Kunden. Für den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen sind Ausgaben von 260.000 € und Zuschüsse von 120.000 € vorgesehen. Die Mitfinanzierung des barrierefreien Ausbaus des Bahnhofs ist im Haushalt mit Ausgaben von 160.000 und Einnahmen 80.000 dargestellt.

Akzente sollen auch bei der Erhaltung von Straßen und dem Ausbau des Radwegenetzes mit insgesamt 2,4 Mio. € gesetzt werden, in enger Abstimmung mit den Stadtwerken, dem Eigenbetrieb Abwasserversorgung sowie mit der EnBW und der Telekom.

Städtebauliche Entwicklung

Der Wohnungsmarkt ist trotz schwieriger Marktlage weiterhin unter Druck. Das Ziel der Bundesregierung, jährlich 400.000 Wohnungen zu bauen, wird deutlich unterschritten. Der im November 2020 beschlossene Masterplan Wohnungsbau 2035 ist auf einem guten Weg. In Plochingen wurden seit 2016 rund 230 zusätzliche Wohnungen gebaut, weitere Wohneinheiten in der Brühlstraße und der Hindenburgstraße sind im Bau. Somit können die Vorhaben bis 2025 weitgehend umgesetzt werden.

Das Beispiel Wohnungsbau offenbart jedoch ein grundlegendes Problem unserer Gesellschaft. Solange im Grundsätzlichen diskutiert wird, ist jeder für mehr Wohnungsbau. Sobald ein Wohnbauprojekt in der eigenen Nachbarschaft vorgesehen ist, werden alle denkbaren Argumente gegen die Bebauung angeführt.



Das Motto „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ erfordert deshalb von Gemeinderat und Stadtverwaltung auch künftig Mut und Entschlossenheit. Die weiterhin hohe Nachfrage nach Mietwohnungen und der starke Zuzug von Flüchtlingen verstärkt den Druck auf dem Wohnungsmarkt. Ich bin der Überzeugung, dass wir die Wohnflächen deutlich schneller entwickeln müssen. Dieses Thema muss der Gemeinderat zeitnah beraten.

Das zweite große Investitionsvorhaben der nächsten Jahre ist die Sanierung des Filsgebiets mit rund 24,4 Mio. € Investitionsvolumen. Ziele der Sanierung sind das Gesamtgebiet aufzuwerten, Gewerbebrachen zu revitalisieren, Wohnen attraktiver und die Fils erlebbar zu machen. Ich sehe die große Chance für einen Stadtteil Plochingens erheblich aufzuwerten.

Der Planungsprozess wird von den gewässerökologischen Planungen des RPs und vom Radschnellweg überlagert. Der Bebauungsplan soll noch im Dezember auf den Weg gebracht und den Fachbehörden und den Einwohnern die Möglichkeit zur Beteiligung gegeben.

Zusammenleben in Plochingen

Plochingen ist eine Stadt mit anspruchsvollen Sozialstrukturen. Fast 25% Ausländeranteil bzw. annähernd 50% Menschen mit Migrationshintergrund leben hier und dies wird im Alltag sichtbar, z.B. in der Fußgängerzone oder beim Verkauf von älteren Wohnhäusern. In den letzten Jahrzehnten haben wir das Zusammenleben gut organisiert.



Die Kriminalitätsrate ist ohne die Fallzahlen der DB unterdurchschnittlich. Die beiden Schusswechsel in der Innenstadt haben jedoch zu einer geänderten Wahrnehmung geführt. Das emotionale Sicherheitsempfinden hat sich verschlechtert und wir müssen reagieren. Sauberkeit und Helligkeit sind wichtige Faktoren, ebenso eine bessere Präsenz von Ordnungskräften in der Öffentlichkeit. Deshalb schlage ich die Schaffung von 1½ Personalstellen beim städtischen Vollzugsdienst vor, um das OA zu stärken.

Mein Ziel ist es, die städtischen Dienstleistungen weiter effizient und zuverlässig anbieten zu können. Das allgemeine Fehlen von Fach- und Arbeitskräften macht sich auch in Plochingen bemerkbar. Derzeit wird erwartet, dass bis zum Jahr 2035 rund 7,5 Mio. Arbeitskräfte verloren gehen, d.h. die Lage wird sich noch verschlechtern. Personalgewinnung und -bindung sowie eigene Ausbildungsplätze sind wichtig; positiv entwickelt sich durch die vielfältigen Angebote die Mitarbeiterbindung. Eine wichtige Entscheidung war die Stärkung des Teams zur Digitalisierung der Stadtverwaltung, doch dies sind dicke Bretter, die wir in Plochingen nur teilweise selbst bohren können. Dieser Weg ist jedoch alternativlos.

Plochingen hat umfassende kulturelle, musikalische, sportliche und soziale Angebote. Mehr als 70 Vereine sind im AKPV zusammengeschlossen. Die Unterstützung für Stadtmarketing Plochingen wurde erhöht. Diese Organisationen veranstalten zusammen mit der Wirtschaftsförderung und dem SG Kultur und Tourismus zahlreiche, vielfältigen Veranstaltungen wie das Brückenwasen, die verkaufsoffenen Sonntage, der Markungsputzede bis zum Marquardfest. Hinzukommen die vielen Vereinsveranstaltungen.



Leider zeigt sich, dass die rein ehrenamtlichen Strukturen beim AKPV nicht mehr tragen. Deshalb sollten wir mit allen Beteiligten einen umfassenden Planungsdialo g starten und die Gesamtstrukturen der Zukunft entwickeln. Bis dahin sollten wir den AKPV aktiv unterstützen.

Wichtige Akteure sind die Vereine, deren Investitionen in vereinseigene Sportanlagen regelmäßig finanziell unterstützt werden. Der FV Plochingen plant den Bau eines Kunstrasenplatzes und hat einen Zuschussantrag angekündigt, für die 250.000 € eingeplant sind.

Unverzichtbar ist die Freiwillige Feuerwehr Plochingen für die Sicherheit in Plochingen. Die Ersatzbeschaffung einer Drehleiter, der Sie ja bereits grundsätzlich zugestimmt haben, läuft

Wichtig sind gute Angebote für ältere Menschen. Stadtverwaltung, Stadtseniorenrat, Seniorenakademie sowie die Vereine, Organisationen und Kirchen organisieren vielfältige Angebote. Mit dem Johanniterstift und dem Haus Edelberg ist die stationäre Pflege und das betreute Wohnen gut aufgestellt und auch die ambulante Pflege ist mit der Ev. Heimstiftung und weiteren privaten Anbietern qualitativ gesichert.

Fazit

Der Doppelhaushalt 2024/25 ist die finanzielle Grundlage für ein enormes Investitionsvolumen, das in den nächsten Jahren bewältigt werden muss.

Wir bringen Plochingen voran.



Gemeinderat Dr. Schmidgall hat in der Debatte über das Gymnasium gefordert, zunächst das Begonnene abzuschließen und erst dann Neues zu beginnen.

Diese Haltung spiegelt die Meinung der Stadtverwaltung wider. Gymnasium, Panorama- und Marquardtschule, Zentraler Omnibusbahnhof, Flüchtlingsunterbringung, Feuerwehrdrehleiter und Filsgebiet sind die Investitionsschwerpunkte und ein riesiges Arbeitsprogramm, das mit den personellen Kapazitäten bewältigt werden muss. Zahlreiche andere Projekte – oft mit ähnlich hoher kommunalpolitischen Bedeutung - sind nicht budgetiert, weil sie noch nicht begonnen, nach Einschätzung der Stadtverwaltung derzeit nicht finanzierbar sowie aufgrund begrenzter administrativer Kapazitäten nicht umsetzbar sind.

Dieser Haushalt setzt Maßstäbe für die Zukunft und schafft die finanzielle Grundlage für wichtige Zukunftsentwicklungen. Jetzt freue ich mich auf die weitere Beratung in den Ausschüssen und im Gemeinderat.

